

Demographischer Wandel und öffentliche Sicherheit

Dittmann, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dittmann, J. (2008). Demographischer Wandel und öffentliche Sicherheit. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 2474-2487). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-151864>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Demographischer Wandel und öffentliche Sicherheit

Jörg Dittmann

Wie die öffentliche Sicherheit in Zukunft tatsächlich aussieht, lässt sich schwer vorhersagen. Die Ursachen für zentrale Komponenten der öffentlichen Sicherheit, wie das Kriminalitätsaufkommen und das Sicherheitsgefühl, in der Bevölkerung können kaum vielschichtiger sein. Eine wichtige Rahmenbedingung für den Wandel der öffentlichen Sicherheit stellen jedoch veränderte Bevölkerungszahlen und demographische Zusammensetzungen dar. Seit langem ist bekannt, dass Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsängste altersabhängig unterschiedlich verteilt sind. Junge, vor allem männliche Personen, begehen und erleiden häufiger Straftaten als andere Personengruppen, ihre Furcht vor Kriminalität ist aber unterdurchschnittlich. Wohingegen die Kriminalitätsbelastung bei älteren Menschen geringer und die Furcht vor Kriminalität ausgeprägter ist. Deutschland erlebt gegenwärtig einen demographischen Wandel, der in Zukunft noch stärker sein wird.

Im folgenden Beitrag wird der Frage nach den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentliche Sicherheit in Deutschland genauer nachgegangen. Wie wirken sich der zu erwartende Bevölkerungsrückgang und insbesondere die Alterung der Gesellschaft auf das Kriminalitätsaufkommen und das Kriminalitätsfurchtniveau in der Bevölkerung aus?

Zunächst werden die öffentliche Sicherheit anhand objektiver und subjektiver Indikatoren sowie die demographische Entwicklung im Längsschnitt beschrieben. Anschließend werden zentrale Ergebnisse der Vorausberechnung der Kriminalitätsentwicklung und der Entwicklung der subjektiven Kriminalitätswahrnehmung auf Grundlage aktueller Kriminalitätszahlen und Projektionen der zukünftigen Zahl und Altersstruktur der Bevölkerung vorgestellt. In einem letzten Schritt werden die Grenzen des »demographischen« Ansatzes zur Erklärung und Vorhersage der öffentlichen Sicherheit durch einen Vergleich von projizierter und tatsächlicher Kriminalitätsentwicklung dargelegt.

Als Datenbasis für die Vorausberechnung der Kriminalitätsentwicklung dienen die Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS). Zur Beschreibung des subjektiven Sicherheitsgefühls in Deutschland werden repräsentative Bevölkerungsumfragen ausgewertet. Der Darstellung des Bevölkerungswandels in Deutschland liegen Bevölkerungsschätzungen des Statistischen Bundesamtes zugrunde.

1. Kriminalitätsbelastung und Sicherheitsgefühl

Zu den wenigen Konstanten bei der Erforschung der Kriminalität gehört die höhere Kriminalitätsbelastung junger Menschen (Heinz 2004). Die Alterskurve der Kriminalitätsbelastung erreicht für beide Geschlechter in aller Regel bei unter 25 Jahren ihren Gipfel und fällt danach wieder ab; ab dem 35. Lebensjahr läuft sie allmählich aus. Frauen, die über alle Altersgruppen weniger kriminalitätsbelastet sind als Männer, erreichen die höchsten Kriminalitätsbelastungen meist früher. Während in den letzten Jahrzehnten der Kriminalitätsgipfel bei Frauen zwischen 14 und 18 Jahren liegt, ist das Maximum bei den Männern vorwiegend in der Altersgruppe zwischen 18 und 21 Jahren zu finden.

Auch unter den Tatverdächtigen sind junge Menschen stärker vertreten als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Abbildung 1 zeigt, dass die Zahl der polizeilich registrierten Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner der gleichen Altersgruppe bei den Personen zwischen 14 bis unter 21 Jahren im gesamten letzten Jahrzehnt am höchsten ist, während die Tatverdächtigenbelastung bei den Personen ab 60 Jahren mit am niedrigsten ausfällt.¹ Aus der altersspezifischen Verteilung der Kriminalität folgt die Abhängigkeit des durchschnittlichen Kriminalitätsniveaus von der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung: Unter der Annahme, dass sich Kriminalität auslösende und verhindernde Rahmenbedingungen nicht ändern, steigt das durchschnittliche Kriminalitätsaufkommen mit der Zunahme junger Menschen in der Bevölkerung.²

Hat sich die Sicherheitslage in Deutschland in den letzten zehn Jahren nennenswert gewandelt und hängt dies mit demographischen Veränderungen zusammen? Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der deutschen Tatverdächtigen insgesamt von 2.212 (1995) auf 2.570 (2005) pro 100.000 Einwohner weiterhin deutlich gewachsen. Dabei hängt der Anstieg nur zum Teil mit Veränderungen der Bevölkerungsstruktur zusammen, da der Anteil der in der Regel besonders kriminalitätsbelasteten Altersgruppe der 14- bis 25-Jährigen an der strafmündigen Bevölkerung von 12,8 auf 13,6 lediglich leicht angestiegen ist. Der Hauptgrund für das höhere Kriminalitätsniveau insgesamt ist vielmehr der Anstieg der Tatverdächtigenbelastung bei den Personen zwischen 21 bis unter 25 Jahren von 3.883 (1995) auf 6.200 (2005) registrierte Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner derselben Altersgruppe (Abbildung 1).

1 Da die Bevölkerungsstatistik bestimmte Ausländergruppen wie vor allem Illegale, Touristen, Durchreisende, Besucher, Grenzpendler und Stationierungstreitkräfte nicht erfasst, die jedoch in der Kriminalstatistik als Tatverdächtige mitgezählt werden, beziehen sich die nachfolgenden Angaben zur Entwicklung der Tatverdächtigenbelastung auf die deutsche Bevölkerung.

2 Auf den Frauen- und Männeranteil in der Bevölkerung, der ebenfalls eine Randbedingung des Kriminalitätsniveaus darstellt, wird im Folgenden nicht näher eingegangen.

Bei den Personen mittlerer und höherer Jahrgänge ist die Tatverdächtigenbelastung im gleichen Zeitraum dagegen vergleichsweise konstant geblieben.

An dieser Stelle wird deutlich, dass der demographische Ansatz eine Randbedingung für Kriminalitätsaufkommen ist, ohne dass dadurch erklärt wird, warum junge Menschen häufiger kriminell werden und ihre Kriminalitätsbelastung im letzten Jahrzehnt gestiegen ist. Ein Blick auf die (sozial-)wissenschaftliche Literatur zeigt, dass es eine Vielzahl von Erklärungen für den Kriminalitätsanstieg in den Neunziger Jahren gibt (Boers et al. 1997). Dennoch fehlen bis zum jetzigen Zeitpunkt genauere Untersuchungen darüber, ob und in welchem Maße sich kriminalitätsrelevante Aspekte, zum Beispiel Tatgelegenheitsstrukturen und soziale Kontrolle, auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene über die Zeit verändert haben (Albrecht 2001).

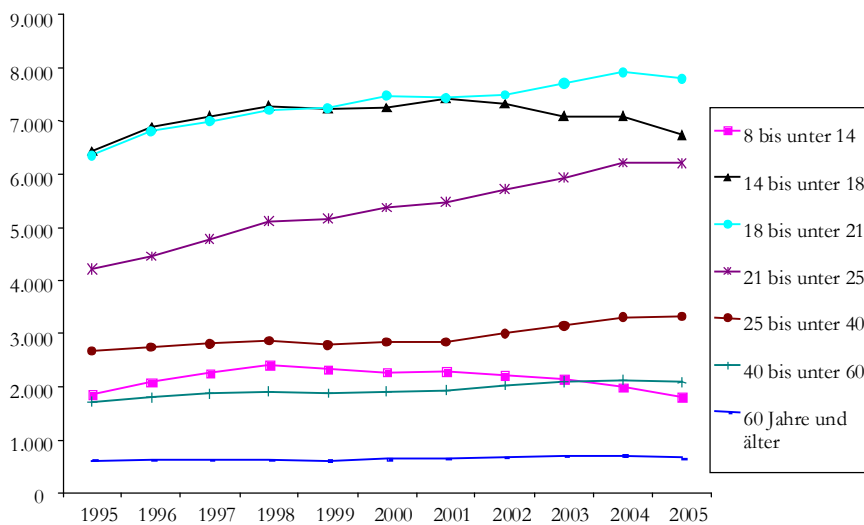


Abbildung 1: Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe – nur Deutsche

(Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), 1995–2005)

Zudem ist die Interpretation nicht unproblematisch, derzufolge Änderungen der Tatverdächtigen- und Straftatenbelastung als veränderte Kriminalitätslagen zu verstehen sind: Da es sich um polizeilich registrierte Tatverdächtige und damit um bekannt gewordene Tatverdächtige handelt, die erst am Ende eines Ermittlungsprozesses benannt werden, können die Anstiege der Tatverdächtigenbelastung auch auf ein verstärktes Anzeigeverhalten in der Bevölkerung (Schwind et al. 2001) oder auch auf einer ausgeweiteten Registrierungs- und Verfolgungsintensität der Polizei beru-

hen (Pfeiffer 1987). Dunkelfeldbefragungen, in denen die Bevölkerung nach persönlich erlittenen Opferwerdungen oder begangenen Straftaten befragt werden, stellen eine weitere wichtige Möglichkeit zur Messung objektiver Komponenten der öffentlichen Sicherheit dar. Anders als etwa in Großbritannien, Italien und USA werden in Deutschland jedoch keine regelmäßigen bundesweiten Opferstudien durchgeführt. In Deutschland ist die Datengrundlage zur Beschreibung der Kriminalitätslage damit weitaus defizitärer als in diesen Ländern.

Wie wird die öffentliche Sicherheit in der Bevölkerung wahrgenommen? Die subjektive Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit wird in der Regel durch Bedrohtheitsgefühle und Einschätzungen in der Bevölkerung zur allgemeinen Kriminalitätslage gemessen. Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass sich in der Regel Frauen und ältere Menschen persönlich stärker von Kriminalität bedroht sehen und sich zudem um die Entwicklung der Kriminalität mehr sorgen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

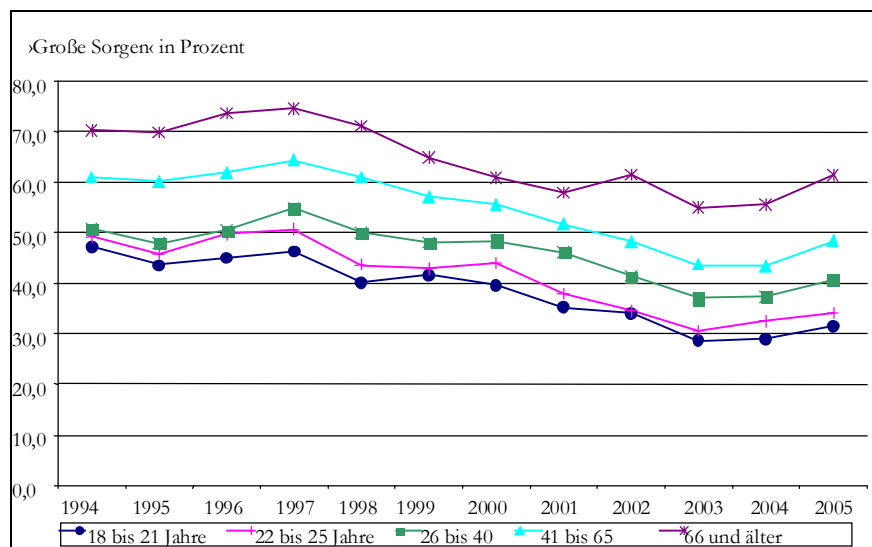


Abbildung 2: Kriminalitätssorgen nach Altersgruppen – 1994–2005

(Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). »Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?...Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland«, drei-stufige Skala: keine/einige/große Sorgen.)

Die Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bestätigen die höheren Kriminalitätssorgen älterer Menschen und niedrige Sorgenwerte bei den Jüngeren (Abbildung 2). Zudem zeigt sich ein seit 1997 zu beobachtender Rückgang

der Kriminalitätssorgen in nahezu allen Altersgruppen. Sorgen sich im Jahre 1997 noch über 60 Prozent der Befragten über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland, so waren es 2005 nur noch 47 Prozent. Ob der Anstieg der Kriminalitätssorgen zwischen 2004 und 2005 eine Trendwende bedeutet, bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen.

Wie auch bei der Erklärung der faktischen Bedingungen der öffentlichen Sicherheit sind die Gründe für den Rückgang in der Kriminalitätswahrnehmung vielschichtig und schwer zu bestimmen. Mikroanalysen zeigen, dass für die Erklärung von kriminalitätsbezogener Unsicherheit nicht alleine Kriminalitätsrisiken und Opfererfahrungen eine Rolle spielen, sondern auch Maßnahmen der Kriminalprävention, zum Beispiel Polizeistreifen im Wohngebiet (Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium des Inneren 2006), das Erscheinungsbild des Wohnumfeldes, zum Beispiel Verfall der Wohnviertel (Hohage 2004) und die Berichterstattung in den Medien (Reuband 2001). Entsprechend wäre zu untersuchen, ob sich diese Rahmenbedingungen über die Zeit verändert haben. Was die Erklärung veränderter Wahrnehmungen der öffentlichen Sicherheit anbelangt, so finden sich zudem Hinweise darauf, dass es in den letzten fünf bis zehn Jahren dahingehend zu Bedeutungsverschiebungen gekommen ist, dass sich die Besorgnisse in der Bevölkerung stärker auf die eigene wirtschaftliche Situation und Probleme der Friedenserhaltung beziehen als auf die Kriminalitätsentwicklung (Dittmann 2005).

Wie sieht die öffentliche Sicherheit in Zukunft aus und welche Rolle spielen dabei sinkende Bevölkerungszahlen und insbesondere eine alternde Gesellschaft? Dadurch dass die Randbedingungen nicht genau bestimmt werden können, sind Prognosen zur tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung und zur Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in der Bevölkerung nur mit Annahmen möglich. Der demographische Ansatz stützt sich auf Annahmen zur zukünftigen Zahl und Struktur der Bevölkerung. Eine solche Modellrechnung liefert Anhaltspunkte dafür, welche Veränderungen der öffentlichen Sicherheit alleine aufgrund des demographischen Wandels zu erwarten sind. Zunächst wird darüber berichtet, von welchen demographischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten auszugehen ist.

2. Bevölkerungsprojektion

Die demographische Entwicklung wird generell von drei Faktoren bestimmt: Zum einen die Entwicklung der Geburten, sie bestimmt die Altersstruktur einer Gesellschaft von den aufwachsenden Jahrgängen her. Der zweite maßgebliche Faktor der Bevölkerungsentwicklung ist die seit langem kontinuierlich wachsende Lebenserwartung. Sie bewirkt eine Alterung der Gesellschaft »von oben«. Außerdem können

zwischenstaatliche Wanderungsbewegungen (Migration) einen Einfluss auf die demographische Struktur eines Landes ausüben.

Die meisten Bevölkerungsvorausberechnungen basieren auf Annahmen über die Entwicklung der oben genannten Aspekte. Auch in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die im Folgenden als Grundlage für die Bevölkerungsprojektion gewählt wird, sind Lebenserwartung, Geburtenhäufigkeit und Wanderungsbewegungen die zentralen Aspekte für die Vorausberechnung (Statistisches Bundesamt 2003). Dabei werden verschiedene Varianten gerechnet, die sich durch unterschiedliche Annahmen zur Höhe der künftigen Zunahme an Lebenserwartung einerseits und der Differenz zwischen Zu- und Fortzügen (Außenwanderungssaldo) andererseits bei konstanter Zahl in der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit unterscheiden. Basiszeitpunkt der vorliegenden Vorausberechnung ist der 31.12.2001. Nach der mittleren Variante (Variante 5), die den tatsächlichen demographischen Veränderungen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt am nächsten liegt, wird davon ausgegangen, dass die Geburtenhäufigkeit während des gesamten Zeitraums bei 1,4 Kindern pro Frau liegt und dass die Lebenserwartung bis 2050 für »Mädchen« auf 86,6 Jahre und für »Jungen« auf 81,1 Jahre steigt. Im Jahre 2050 beträgt die Lebenserwartung von 60-Jährigen, bezüglich weiterer Lebensjahre, für Frauen 28,2 und für Männer 23,7 Jahre. Der Außenwanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung beträgt 200.000 jährlich und die Nettozuwanderung der Deutschen, das heißt, die Differenz aus dem Zustrom von Aussiedlern und der Abwanderung von Deutschen geht von etwa 80.000 im Jahr 2002 schrittweise zurück bis zum Nullniveau im Jahr 2040.

Von welcher demographischen Struktur ist auf Grundlage der genannten Annahmen zukünftig auszugehen? Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung, der bereits seit 1995 zurückgeht, wird bis 2050 auf 6,2 Prozent sinken (Tabelle 1). Der Anteil junger Menschen zwischen 14 bis unter 25 Jahren wird spätestens ab 2010 deutlich zurückgehen. Der Anteil der Menschen zwischen 25 bis unter 40 Jahren wird ebenfalls nennenswert zurückgehen. Der Anteil der Menschen ab 60 Jahre an der Gesamtbevölkerung steigt bereits seit 1980 – damals betrug ihr Anteil an der Bevölkerung 19,2 Prozent – und wird laut den Vorausberechnungen bis 2050 von derzeit etwa 25 Prozent auf über 36 Prozent weiter zunehmen. Die Bevölkerungszahl wird spätestens ab 2010 deutlich zurückgehen von gegenwärtig rund 83 auf etwa 75 Millionen im Jahre 2050.

Das Problem aller Prognosen ist, dass mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt die Vorausberechnung der Einflussgrößen, das heißt, die Entwicklung der Geburten und der Lebenserwartung, vor allem jedoch die Vorausberechnungen der Zu- und Abwanderungen immer unsicherer werden. Im strengen Sinne handelt es sich bei den Bevölkerungsvorausberechnungen nicht um eine Prognose, sondern

um eine Modellrechnung, in der die genannten Annahmen umgesetzt und ihre Auswirkungen auf die demographische Entwicklung dargestellt werden.

Jahr	Bevölkerung insgesamt in Tausend	Davon im Alter von....bis unterJahren (% Anteil an der Bevölkerung insgesamt)							
		bis unter 8	8 bis unter 14	14 bis unter 18	18 bis unter 21	21 bis unter 25	25 bis unter 40	40 bis unter 60	60 Jahre und älter
2005	82.869,3	7,2	5,9	4,6	3,5	4,7	20,2	29,1	24,7
2010	83.066,3	6,8	5,7	4,0	3,4	5,0	18,6	30,9	25,6
2020	82.822,1	6,8	5,2	3,6	2,9	4,3	19,1	28,8	29,2
2030	81.220,1	6,4	5,2	3,6	2,8	3,9	17,6	26,0	34,4
2040	78.539,5	6,1	4,9	3,5	2,8	4,1	16,9	26,5	35,2
2050	75.117,5	6,2	4,8	3,4	2,7	3,9	17,2	25,1	36,7

Tabelle 1: Bevölkerungsvoransberechnung für Deutschland nach Altersgruppen – Anteile in Prozent

(Datenbasis: 10. Bevölkerungsvoransberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 5)

3. Projektion der Kriminalitätsentwicklung

Die folgende Vorausberechnung zeigt die Veränderung der Kriminalitätsentwicklung, hier gemessen durch die Tatverdächtigenzahlen, in Abhängigkeit der beschriebenen demographischen Entwicklungsprognose auf. Sie basiert daher auf einer konstanten Tatverdächtigenbelastungszahl und den vom Statistischen Bundesamt vorausberechneten demographischen Veränderungen (Variante 5, Basiszeitpunkt: 31.12.2001). Die Annahme einer konstanten Tatverdächtigenbelastungszahl bedeutet, dass jede Altersgruppe einen bestimmten Anteil von Tatverdächtigen aufweist, der mit dem Anteil der Tatverdächtigen der gleichen Altersgruppe zu allen späteren Zeitpunkten übereinstimmt. Als konstante Tatverdächtigenbelastungszahl wird für die jeweilige Altersgruppe die aktuelle Tatverdächtigenbelastungszahl der PKS 2005 verwendet.³

³ Anstelle aktueller Belastungsniveaus sind andere Modellrechnungen möglich, zum Beispiel die Fortschreibung auf Grundlage langfristiger Trends in Form exponentieller oder linearer Entwicklungen.

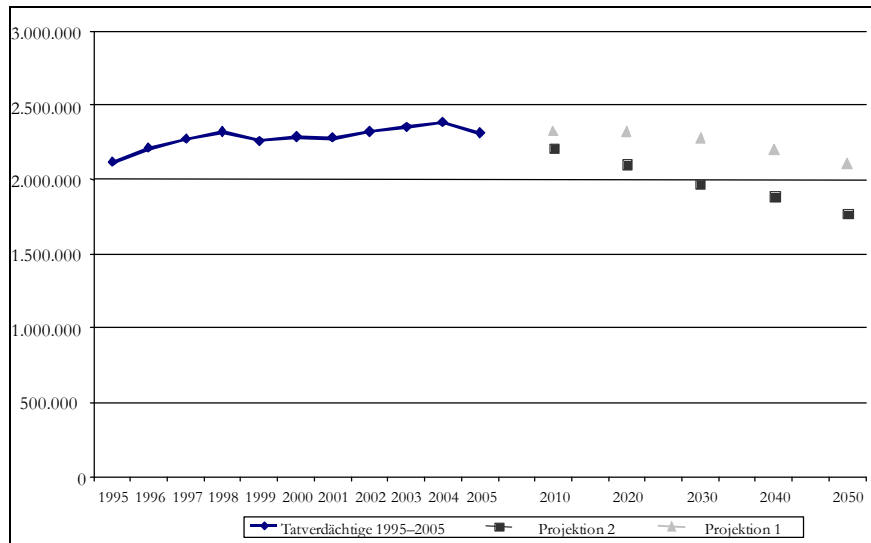


Abbildung 3: Absolute Tatverdächtigenzahlen und deren Projektion bis zum Jahr 2050

(Datenbasis: Die Projektionen basieren auf der Grundlage der 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Variante 5) und den Tatverdächtigenbelastungszahlen der PKS 2005. Während Projektion 1 auf der Annahme des erwarteten Bevölkerungsrückgangs basiert, berücksichtigt Projektion 2 sowohl den Bevölkerungsrückgang als auch die Veränderungen der demographischen Struktur (Alterung der Gesellschaft).)

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen zwischen 1995 und 2005 und deren Projektion bis zum Jahre 2050 dargestellt. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen und insbesondere die Alterung der Gesellschaft werden zu einer deutlichen Verringerung der Tatverdächtigenzahlen führen. Unter Berücksichtigung der vorausgerechneten Änderungen der Bevölkerungszahlen und der demographischen Struktur und bei Fortführung der aktuellen altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastung ist von einem Rückgang der absoluten Tatverdächtigenzahlen von 2,27 Millionen für das Jahr 2005 auf 2,11 Millionen Tatverdächtige für das Jahr 2020 und auf 1,8 Millionen Tatverdächtige für das Jahr 2050 auszugehen, und

Da es hier jedoch ausschließlich um die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentliche Sicherheit geht, wird die aktuelle Kriminalitätsbelastung als Modellannahme gewählt. Die aktuelle altersgruppenspezifische Tatverdächtigenbelastungszahl bezieht sich allerdings nur auf deutsche Tatverdächtige, da die Berechnung der Tatverdächtigenbelastungszahl für Nichtdeutsche eine Vielzahl von methodischen Problemen mit sich bringt.

es ist – *ceteris paribus* – zu erwarten, dass die Anzahl der Straftaten entsprechend zurückgeht.⁴

Welche Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen ist in den verschiedenen Altersgruppen unter den zu erwartenden Veränderungen durch Bevölkerungsrückgang und Alterung der Gesellschaft anzunehmen? Abbildung 4 zeigt langfristig einen Rückgang der absoluten Tatverdächtigenzahlen in allen Altersgruppen mit Ausnahme der Gruppe der 60-Jährigen. Bei der Gruppe der Heranwachsenden, die die höchste Kriminalitätsbelastung aufweisen, ist zumindest bis 2010 ein Rückgang zu erwarten. Auch die Tatverdächtigenzahlen der Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen steigen zunächst und sinken dann etwa ab 2020 deutlich.⁵ Durch den erwarteten demographischen Wandel wird es zu einer Annäherung in den absoluten Tatverdächtigenzahlen unter den Jugendlichen, Heranwachsenden und den Personen ab 60 Jahre kommen.

Zwar begeht nicht jede Altersgruppe die gleichen Delikte, dennoch werden die Verschiebungen der demographischen Struktur nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Deliktsstruktur führen. Es ist zu erwarten, dass Delikte mit Bagatelldeliktcharakter (z.B. einfacher Diebstahl) weiterhin dominieren und schwere Gewaltdelikte einschließlich Tötungsdelikte die Ausnahme darstellen.⁶

4 Dies setzt voraus, dass das Verhältnis zwischen Einfach- und Mehrfachtäter, das ebenfalls altersgruppenspezifisch verteilt ist, sich über die Zeit nicht wesentlich ändert.

5 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Wolfgang Heinz und Gerhard Spiess (2005).

6 Als Berechnungsgrundlage wurden polizeilich registrierte Tatverdächtige nach Delikt in den jeweiligen Altersgruppen mittels der Bevölkerungsvorausberechnung fortgeschrieben und anschließend über alle Altersgruppen aufaddiert. Anschließend wurde die projizierte Struktur mit der aktuellen Delinquenzstruktur der Tatverdächtigen verglichen.

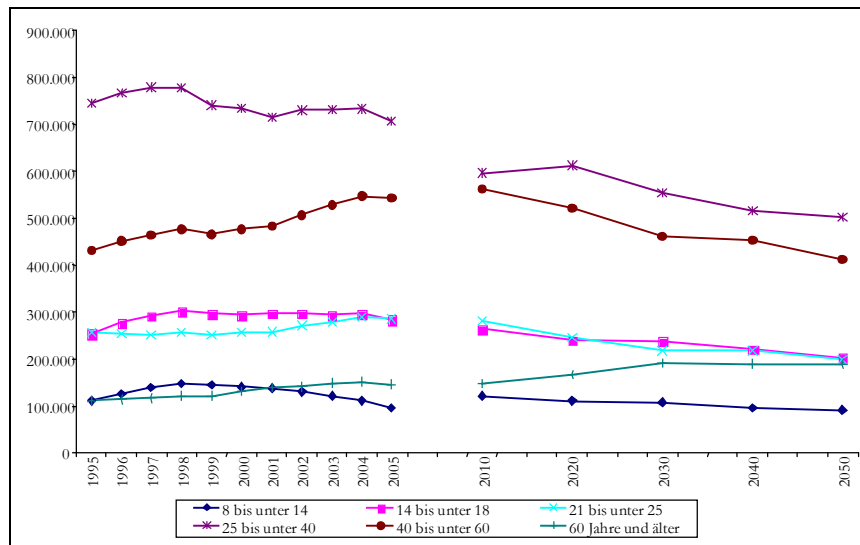


Abbildung 4: Absolute Tatverdächtigenzahlen nach Altersgruppen und deren Projektion bis zum Jahr 2050

(Datenbasis Tatverdächtigenzahlen 1995–2005: PKS; die Projektionen basieren auf der Grundlage der 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und den Tatverdächtigenbelastungszahlen der PKS 2005.)

4. Projektion des Sicherheitsgefühls

Bisher wurde anhand der Zahl der Tatverdächtigen untersucht, wie sich der demographische Wandel auf objektive Aspekte der öffentlichen Sicherheit auswirkt. Wie ändert sich jedoch die subjektive Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit im Zuge der erwarteten demographischen Veränderungen? Abbildung 2 hatte bereits verdeutlicht, dass subjektive Indikatoren der öffentlichen Sicherheit altersspezifisch verteilt sind. Während sich insbesondere ältere Menschen um die öffentliche Sicherheit stärker sorgen, fühlen sich junge Menschen weniger von Verbrechen bedroht oder nehmen Kriminalität gegenwärtig nicht besonders stark als gesellschaftliches Problem wahr.

In Tabelle 2 sind Ergebnisse aus drei repräsentativen Umfragen zur Kriminalitätsfurcht und zu Kriminalitätssorgen und deren Projektion anhand der Bevölke-

rungsvorausberechnung abgebildet.⁷ Die Fortschreibung zeigt, dass sich die Alterung der Gesellschaft nicht wesentlich auf das Furcht- und Sorgenniveau in der Bevölkerung niederschlägt. Innerhalb einer drei- bzw. vierstufigen Skala erhöht sich die durchschnittliche Unsicherheit allein aufgrund des demographischen Wandels gerade einmal um 0,02 Skalenpunkte.

Studie	Unsicherheitsgefühl
Eurobarometer 2002	Mittelwert 2002: 2,24 <i>Proj. Mittelwert 2050: 2,26</i>
Sozio-oekonomisches Panel 2003	Mittelwert 2003: 1,65 <i>Proj. Mittelwert 2050: 1,67</i>
European Social Survey 2004	Mittelwert 2004: 2,11 <i>Proj. Mittelwert 2050: 2,13</i>

Tabelle 2: Durchschnittliche kriminalitätsbezogene Unsicherheit in Gegenwart und Zukunft

(Datenbasis: Eurobarometer 2002, European Social Survey 2004: »Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären«, vierstufige Skala (Sehr sicher, sicher, unsicher, sehr unsicher); Sozio-oekonomisches Panel 2003: »Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?... Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland«, 3 stufige Skala: keine/einige/große Sorgen.)

5. Diskussion

Der demographische Faktor stellt zwar eine wichtige Randbedingung, insbesondere für die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen dar, eine Reihe von Beispielen in der Vergangenheit zeigt jedoch, dass sich der demographische Ansatz nicht als alleiniges Vorhersagekriterium für Veränderungen in der öffentlichen Sicherheit eignet. So hat es in den meisten Ländern Westeuropas in den 80er und 90er Jahren einen Anstieg in der Kriminalitäts- und Tatverdächtigenbelastung gegeben, wenngleich der Anteil von Personen zwischen 14 und 18 Jahren in der Bevölkerung zurückging.

In Abbildung 5 wurden anhand der PKS des Jahres 2001 die Tatverdächtigenzahlen für das Jahr 2005 vorausberechnet und mit den tatsächlichen Tatverdächti-

⁷ Das projizierte arithmetische Mittel für 2050 setzt sich zusammen aus der Summe der Furchtmittelwerte der Altersgruppen gewichtet mit den Anteilen der Altersgruppen in der vorausberechneten Altersstruktur.

genzahlen verglichen.⁸ Obwohl die Tatverdächtigenzahlen nur um wenige Jahre fortgeschrieben wurden, weicht die Projektion zum Teil recht deutlich von der tatsächlichen Entwicklung ab. Da die Schätzungen der Bevölkerungszahlen weitestgehend mit den tatsächlichen demographischen Veränderungen übereinstimmen, hängt die Abweichung zwischen projiziertem Anstieg der Kriminalität und der tatsächlichen Entwicklung primär mit Veränderungen in der Tatverdächtigenbelastung der verschiedenen Altersgruppen zwischen 2001 und 2005 zusammen. Dass beispielsweise die projizierte Tatverdächtigenzahl für die Altersgruppe zwischen 25 und 40 Jahre deutlich niedriger ist als die tatsächlich eingetretene Tatverdächtigenzahl, erklärt sich vornehmlich durch die im Vergleich zu 2001 höhere Tatverdächtigenbelastung im Jahre 2005.⁹

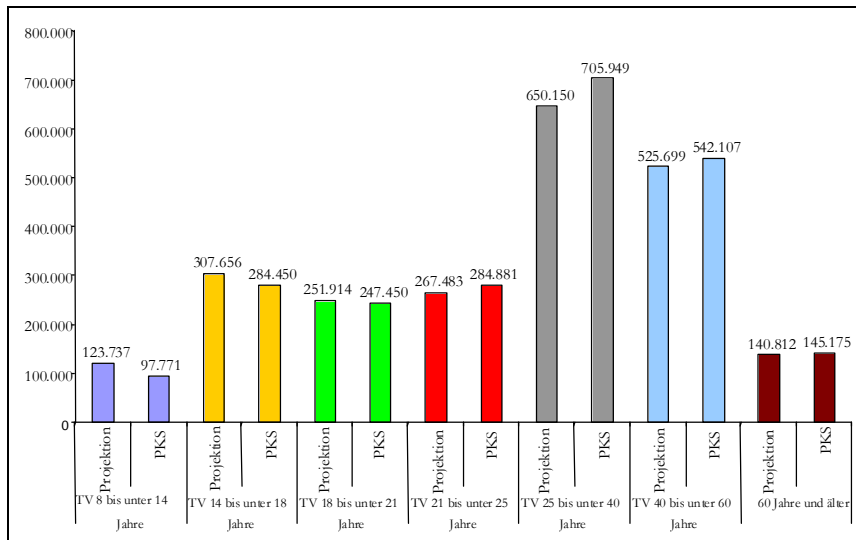


Abbildung 5: Vergleich zwischen Projektion und tatsächlich registrierten Tatverdächtigen, 2005

(Datenbasis: PKS 2005; Datengrundlage für die Projektion ist die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 5 und die Tatverdächtigenbelastung der PKS des Jahres 2001.)

8 Die Vorausberechnung in Abbildung 5 basiert auf den Tatverdächtigenzahlen der PKS zum 31.12.2001. Die Tatverdächtigenzahlen wurden mittels der Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes und unter der Annahme konstanter Tatverdächtigenbelastungszahlen bis in das Jahr 2005 fortgeschrieben, wobei die als konstant angenommenen Tatverdächtigenbelastungszahlen auf den altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastungszahlen der PKS (nur Deutsche) für das Jahr 2001 basieren.

9 Die Tatverdächtigenbelastung bei den Deutschen zwischen 25 und 40 Jahren stieg für das Jahr 2001 von 2.859 Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner auf 3.327 für das Jahr 2005 deutlich an.

6. Fazit

Ziel des vorliegenden Beitrags war es, die zukünftigen Auswirkungen demographischer Veränderungen auf die öffentliche Sicherheit zu untersuchen. Unter der Annahme, dass sich das aktuelle Niveau in der Kriminalitätsbelastung nicht verändert, ist alleine durch den zahlenmäßigen Rückgang der in der Regel stärker kriminalitätsbelasteten Jüngeren ein sinkendes Kriminalitätsrisiko für die Gesamtbevölkerung zu erwarten. Die Projektionen der öffentlichen Sicherheit bis zum Jahr 2050 verdeutlichen, dass bei konstanter Zahl der gegenwärtigen Tatverdächtigenbelastung der demographische Wandel bereits in den nächsten 15 Jahren einen Rückgang von 160.000 polizeilich registrierten Tatverdächtigen bewirkt.

Trotz sinkender Kriminalitätszahlen ist aus demographischer Sicht indes keine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung zu erwarten, da Ältere eine überdurchschnittliche Kriminalitätsfurcht aufweisen. Allerdings ist der Alterungseffekt nicht besonders stark, so dass von keinem Anstieg der Kriminalitätsfurcht in der Gesamtbevölkerung auszugehen ist, obwohl der Anteil älterer Menschen deutlich zunehmen wird.

Der demographische Ansatz und deren Veränderung über die Zeit stellt zwar eine nicht zu vernachlässigende Randbedingung für die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit dar, die dargestellten Abweichungen zwischen vorausberechneter und tatsächlicher Kriminalitätsentwicklung verdeutlichen jedoch die begrenzte Erklärungs- und Prognosekraft des demographischen Ansatzes. Die Frage, warum Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich stark kriminalitätsbelastet sind und die Kriminalität unterschiedlich stark wahrnehmen, kann durch den demographischen Ansatz nicht beantwortet werden. Es gilt weiterhin bei der Erklärung und Vorhersage der zukünftigen Entwicklung der öffentlichen Sicherheit, die Prozesse des sozialen Wandels einzubeziehen und deren Relevanz sorgfältig zu prüfen.

Literatur

- Albrecht, Hans-Jörg (2001), »Kriminalitätstrends«, in: Kolte, Birgitta/Schmidt-Semisch, Henning/Stöver, Heino (Hg.), *Gedankengefängnisse Aufbrechen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Stephan Quensel*, in: http://www.bisdro.uni-bremen.de/FSQUENSEL/festschrift_index.htm (15. Januar 2007).
- Boers, Klaus/Gutsche, Günter/Sessar, Klaus (1997), *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*, Opladen.
- Bundesministerium der Justiz/Bundesministerium des Inneren (2006), *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*, Berlin.

- Dittmann, Jörg (2005), »Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland – eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen«, *Discussion Papers* 468, Berlin, S. 1–18.
- Hohage, Christoph (2004), »Incivilities« und Kriminalitätsfurcht«, *Soziale Probleme*, Bd. 15, H. 1, S. 77–95.
- Heinz, Wolfgang (2004), »Kriminalität von Deutschen nach Alter und Geschlecht im Spiegel von Polizeilicher Kriminalstatistik und Strafverfolgungsstatistik«, Universität Konstanz, in: <http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/2004/1294/> (15. Januar 2007).
- Heinz, Wolfgang/Spiess, Gerhard (2005), »Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen«, *Forum Kriminalprävention*, H. 3, S. 8–12.
- Pfeiffer, Christian (1987), »Und wenn es künftig weniger werden – die Herausforderung der geburtsschwachen Jahrgänge. Eröffnungsreferat zum 20. Deutschen Jugendgerichtstag«, in: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (Hg.): Tagungsband zum 20. Deutschen Jugendgerichtstag, München, S. 53–74.
- Reuband, Karl-Heinz (2001), »Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien. Eine Analyse von Veränderungen in der objektiven und subjektiven Bedrohung am Beispiel der Städte Dresden und Düsseldorf, 1995–2000«, in: Cassani, Ursula/Maag, Renie/Niggli, Marcel Alexander (Hg.), *Medien, Kriminalität und Justiz. Chur und Zürich*, S. 161–183.
- Schwind, Hans-Dieter/Fetchenhauer, Detlef/Ahlborn, Wilfried u.a. (2001), *Kriminalitätssphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt, Bochum 1975–1986–1998*, Neuwied.
- Statistisches Bundesamt (2003), *Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.